

Nachhaltige Wirtschaft, Wohlstand und Wachstum

Gemeinsames Positionspapier der Fraktionen von SPD und B90/Die Grünen
in der Bremischen Bürgerschaft

Wirtschaftswachstum ist kein Ziel, sondern ein Mittel, um gesellschaftliche Ziele wie soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Wohlstand und Teilhabe zu erreichen. Wirtschaftswachstum muss dem Wohlstand* und der Lebensqualität** aller Menschen dienen. Die alleinige Ausrichtung auf wirtschaftliches Wachstum ist nicht in der Lage, die ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Diese zeigen sich aktuell in der Finanz- und Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, Klimawandel und in der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Auf Basis eines hohen wirtschaftlichen Wachstums zwischen 1950 und 1975 wurden in Westdeutschland die soziale Marktwirtschaft und die Demokratie gefestigt. Die Rahmenbedingungen haben sich seitdem national und international stark verändert. Unser Verständnis einer modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung benötigt neue Parameter.

Die unkontrollierte und unbegrenzte Maximierung von kurzfristigen Gewinnen insbesondere aus Finanztransaktionen bis zum Ausbruch der Finanzmarktkrise hat zwar durchaus das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) befördert, nicht aber die Mehrung von Vermögen und Wohlstand. Mittelfristig und langfristig ging dies zu Lasten von Lebensqualität und Wohlstand, weil damit für die Mehrheit der Menschen reale Vermögensverluste einhergingen. Auch hierbei hat sich die begrenzte Aussagekraft des BIP als Wohlstandsindikator gezeigt. Finanzblasen können sich wie soziale und ökologische Kosten sowie selbst Kriegsfolgekosten paradoxerweise sehr positiv auf die nominelle Steigerung des BIP auswirken. Ergänzende Messgrößen zur Interpretation des BIP sind geboten.

Ziel von Politik darf nicht primär sein, das BIP zu steigern, vielmehr muss es darum gehen, die sozial- und umweltverträglichen Elemente des BIP-Wachstums, also ein „qualitatives Wachstum“ zu identifizieren und zu stärken. Zugleich wäre die Berücksichtigung virtuellen Wachstums wie bei Finanztransaktionen deutlich zu begrenzen. Statt rein quantitativen Wachstums ist eine qualitative Entwicklung nötig, an der alle Menschen teilhaben können. Diese stärkt das soziale und bewahrt das ökologische Kapital als unsere Lebensgrundlage. Ein qualitatives Wachstum ist zudem Grundlage für den sozialen Aufstieg vieler Menschen und damit Antriebfeder für Innovation und Fortschritt.

Negative Auswirkungen des demografischen Wandels können ausgeglichen werden über bessere Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, eine ökologisch ausgerichtete und sozial verträgliche Modernisierung der Infrastrukturen, eine deutlich erhöhte Frauenerwerbsquote, eine wirkungsvolle Integrationspolitik und eine andere Verteilungspolitik. Durch an den Bedürfnissen der Beschäftigten ausgerichtete Arbeitszeitmodelle könnte eine höhere Erwerbsbeteiligung erreicht werden. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sollte derart nachhaltig sein, dass die Lebens- und Produktionsbedingungen künftiger Gene-

rationen geschützt werden. Nachhaltige Entwicklung erfordert nicht nur eine starke Effizienzsteigerung bei der Ressourcen- und Energienutzung. Produktion und Konsum sollten so gestaltet werden, dass sie die Kreisläufe der Natur möglichst wenig beeinträchtigen.

Nachhaltiges Wirtschaften verfolgt das Ziel, Zuwächse vor allem im Bereich von umwelt- und ressourcenschonenden Produkten zu generieren. Es muss darum gehen, die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Unternehmen und Umwelt aktiv zusammen zu führen. Wachstum muss zunehmend auf der Grundlage von ressourceneffizienten Technologien, erneuerbaren Energien sowie umwelt- und ressourcenschonenden Materialien, Produktionsverfahren und Dienstleistungen entstehen.

Geringe Wachstumsraten des BIP (nach heutiger Definition) sind keine grundsätzliche Bedrohung für gesellschaftlichen und individuellen Fortschritt. Eine gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Wohlstandes und die Beachtung seiner gesellschaftlichen und ökologischen Folgen würden die Lebensqualität jedenfalls steigern und müssen daher in eine fortentwickelte Wachstumsdefinition mit entsprechenden Kennziffern einfließen.

Das Land Bremen ist ein starker Wirtschaftsstandort. Damit dies zum Wohle der hier arbeitenden und lebenden Menschen in Zukunft so bleibt, plädieren wir für eine stärkere Fokussierung qualitativen Wachstums. Das schafft und erhält Arbeitsplätze, ermöglicht sozialen Aufstieg sowie Teilhabe und verringert die soziale Spaltung in unseren Städten Bremen und Bremerhaven. Dies hilft, das Klima wirksam zu schützen und fordert einen bedeutsamen, nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen.

Begriffsbestimmungen

* **Wohlstand:** Im ökonomischen Sinne der Grad der Versorgung von Personen, privaten Haushalten oder der gesamten Gesellschaft mit Gütern und Dienstleistungen. Dieser materielle Wohlstand oder Lebensstandard wird für eine Volkswirtschaft meist anhand einer Sozialproduktgröße (z. B. Bruttoinlandsprodukt oder Pro-Kopf-Einkommen) gemessen. Im weiteren Sinne wird darüber hinaus auch das persönliche Wohlbefinden im Sinne von Lebensqualität verstanden.

** **Lebensqualität:** Begriff, der neben dem Versorgungsgrad mit Gütern und Dienstleistungen von Personen oder Haushalten einer Volkswirtschaft im Sinne von materiellem Wohlstand oder Lebensstandard auch die allgemeinen Lebensbedingungen bzw. soziale Indikatoren wie angemessen entlohnte Arbeit, saubere Umwelt, Beteiligung an politischen Entscheidungen oder persönliches Wohlbefinden des Einzelnen miteinbezieht.
(Quelle: Duden Wirtschaft von A bis Z, 4. Auflage, Mannheim 2009)

Dieses Positionspapier ist auf Grundlage der zwölf Thesen von Abgeordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke nach dem ersten Jahr der Enquete-Kommission des Bundestages "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" entstanden. Das hier vorgelegte Papier ist das Ergebnis einer koalitionsären Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Fraktionen von SPD und Bündnis

90/Die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft bestehend aus den Abgeordneten Karin Garling, Andreas Kottisch, Dieter Reinken, Ralph Saxe und Carsten Werner.